

Zukunft aufbauen statt kaputtkürzen

Weder Bundesregierung noch Vorstands-
etagen haben verstanden: **Aus einer Krise
kann man sich nicht rauskürzen.** Die
deutsche Autoindustrie hat eine Zukunft –
aber nur, wenn wir Arbeitsplätze sichern,
Standorte erhalten und modernisieren und
heute die Industrie von morgen aufbauen.
Um das zu schaffen, müssen wir jetzt han-
deln und investieren.

Deshalb fordern wir als **staatliches Sofort-
programm einen Transformationsfonds:
Mindestens 20 Milliarden Euro jährlich
an Investitionen in die Industrie und die
Beschäftigten.**

**Für uns ist auch klar: Keine Fördermittel
ohne Gegenleistung!** Es kann nicht sein,
dass Steuergelder blind an Konzerne ver-
teilt werden.

Deswegen werden von diesem Sofort-
programm nur die Betriebe profitieren, die

- **Arbeitsplätze sichern**
- **Standorte erhalten**
- **gute Löhne zahlen**
- **Tarifverträge einhalten**
- **verbindliche
Transformations-Pläne
vorlegen.**

Werke, die heute von Schließung bedroht
sind, verdienen eine Perspektive. Dort soll
das produziert werden, was wir für ein
gutes Leben in der Zukunft brauchen: E-
Busse, bezahlbare E-Autos, Schienenfahr-
zeuge, Batteriezellen und Solartechnik.
Und wenn ein Standort akut bedroht ist,
darf auch eine staatliche Beteiligung kein
Tabu sein!

Jobs sichern – nicht
Renditen. Dafür kämpft
Die Linke im Bundestag.

Fraktion Die Linke im Bundestag, V.i.S.d.P. Ina Latendorf,
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, dielinkebt.de.
Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfwzwecken verwendet werden.

Die Linke

Im Bundestag

Die Linke

Im Bundestag



Jobs sichern – nicht Renditen!

Merz hat keinen Plan

Die Wirtschaft steckt in der Krise. Und wer soll schuld sein? Die Beschäftigten. Das zumindest behauptet Kanzler Merz: Angeblich arbeitet ihr zu wenig, nicht hart genug, nicht lang genug, seid zu oft krank und kostet zu viel.

Während in den Chefetagen von VW und Co. massenhaft Jobs vernichtet werden, legt die Bundesregierung die Axt an den Sozialstaat – ausgerechnet jetzt, wo Menschen ihn brauchen. Das ist ein doppelter Angriff auf euch und eure Zukunft.

Für die Regierung und die Konzernchefs ist die wirtschaftliche Krise vor allem eines: eine Gelegenheit. Sie wollen jetzt das durchsetzen, was sie ohnehin immer fordern: Arbeit billiger machen. Jobs abbauen. Sozialleistungen streichen.

Wer wie die Bundesregierung in der Krise zuerst bei den Menschen kürzt, zeigt, auf wessen Seite er steht: nicht bei denen, die die Industrie am Laufen halten, sondern bei denen, die sich an der Industrie bereichern.

Denn die großen Auto-Konzerne haben jahrelang Milliarden geschneffelt. Doch anstatt die Profite in die Zukunft zu investieren, haben sich Vorstände und Aktionäre die Taschen vollgemacht. Die Folgen sollen jetzt die Beschäftigten ausbaden. Das werden wir nicht zulassen!

Die Beschäftigten sind nicht das Problem – sie sind die Lösung

Es kann nicht sein, dass die Konzernbosse, die die Autoindustrie heruntergewirtschaftet haben, diejenigen sind, die über ihre Zukunft entscheiden. Die Manager haben keinen Plan für die Industrie von morgen. Sie haben nur einen Plan für sich selbst: Boni kassieren und Leute entlassen.

Wir sagen: **Wer für die Profite der Autoindustrie geschuftet hat, der muss auch über ihre Zukunft mitentscheiden können.** Ihr seid die Experten. Ihr kennt die Produktion, die Anlagen und die Abläufe. Was ihr braucht, ist wirkliche Entscheidungsmacht.

Noch haben wir das Wissen, die Fachkräfte und die Produktionsstandorte im Land. Statt sie aufzugeben, werden wir um jeden Arbeitsplatz und jedes Werk kämpfen. Deswegen fordern wir: **Mehr betriebliche Mitbestimmung, und zwar jetzt.**

Beschäftigte müssen bei:

- **Standortverlagerungen**
- **Investitionsentscheidungen**
- **Stellenabbau**
- **Zukunftsplänen mitentscheiden!**